

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Das Frankfurter Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Jena, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa behördlicherseits bestimmte Blatt

Angabe der Preise: 1. Jahrgang 1000 Mark, 2. Jahrgang 1200 Mark, 3. Jahrgang 1400 Mark, 4. Jahrgang 1600 Mark, 5. Jahrgang 1800 Mark, 6. Jahrgang 2000 Mark, 7. Jahrgang 2200 Mark, 8. Jahrgang 2400 Mark, 9. Jahrgang 2600 Mark, 10. Jahrgang 2800 Mark, 11. Jahrgang 3000 Mark, 12. Jahrgang 3200 Mark, 13. Jahrgang 3400 Mark, 14. Jahrgang 3600 Mark, 15. Jahrgang 3800 Mark, 16. Jahrgang 4000 Mark, 17. Jahrgang 4200 Mark, 18. Jahrgang 4400 Mark, 19. Jahrgang 4600 Mark, 20. Jahrgang 4800 Mark, 21. Jahrgang 5000 Mark, 22. Jahrgang 5200 Mark, 23. Jahrgang 5400 Mark, 24. Jahrgang 5600 Mark, 25. Jahrgang 5800 Mark, 26. Jahrgang 6000 Mark, 27. Jahrgang 6200 Mark, 28. Jahrgang 6400 Mark, 29. Jahrgang 6600 Mark, 30. Jahrgang 6800 Mark, 31. Jahrgang 7000 Mark, 32. Jahrgang 7200 Mark, 33. Jahrgang 7400 Mark, 34. Jahrgang 7600 Mark, 35. Jahrgang 7800 Mark, 36. Jahrgang 8000 Mark, 37. Jahrgang 8200 Mark, 38. Jahrgang 8400 Mark, 39. Jahrgang 8600 Mark, 40. Jahrgang 8800 Mark, 41. Jahrgang 9000 Mark, 42. Jahrgang 9200 Mark, 43. Jahrgang 9400 Mark, 44. Jahrgang 9600 Mark, 45. Jahrgang 9800 Mark, 46. Jahrgang 10000 Mark

Das Frankfurter Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Jena, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa behördlicherseits bestimmte Blatt

Notationsdruck und Verlag: C. O. Koberger (Inh. Ernst Koberger inn.) in Frankenberg. Verantwortlich für die Redaktion: Karl Siebert in Frankenberg

Nr. 277 Mittwoch den 28. November 1928 nachmittags 87. Jahrgang

Kurzer Tagespiegel

In der sächsischen Textilindustrie ist ein Schlichtungsprozess eingeleitet worden.

Die Reichsregierung hat nunmehr dem Reichsrat den Nachtragshaushalt für 1929 vorgelegt.

In den Dasselborfer Vermittlungsverhandlungen ist es bisher zu keinem Ergebnis gekommen. Die Verhandlungen werden am Mittwoch fortgesetzt.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat die Einberufung des Ausschusses des Reichsrates zur Beratung über die Lage der Reparationsfrage beantragt.

Die Arbeitslosigkeit ist in der ersten Novemberhälfte um 20 v. H. gestiegen.

Am 28. und 27. November trat in Berlin der Verwaltungsrat der Deutschen Reichseisenbahngesellschaft zusammen.

„Graf Zeppelin“ wird 1930 zwei Polarfahrten zur Erforschung der Arktis unter Leitung Dr. Edmerts unternehmen.

Am kommenden Freitag beginnt die Besprechung über die Bildung der Großen Koalition zwischen Reichstagsfraktionen Müller und der Parteien.

Pariser Informations zufolge ist der vom französischen Ministerrat gefasste Beschluss, die Einsetzung der Sachverständigen für den Reparationsauschuss durch die Reparationskommission vornehmen zu lassen, auf die Absicht zurückzuführen, Polen, Rumänien und Südspanien in die Verhandlungen einzuschließen.

In Wien finden des englischen Königs die ersten Verhandlungen statt.

In den Wandelgängen des polnischen Sejm wurde ein ukrainischer Abgeordneter vom Vizepräsidenten eines Ausschusses geohrft.

Nach Warschauer Meldungen nehmen in der Sowjetunion die gegenkommunistischen Bauernbewegungen zu.

Ruhrkampf und Reich

Berlin, 27. 11. (Eigene Meldung.) Die durch den Arbeitskampf in der Eisenindustrie der Nordwestdeutschen Gruppe geschaffene Lage nimmt immer ernster Formen an. Gewerkschaften, die Parteien an den Verhandlungen teilnehmen, aber die Aussichten, dass man zu einer Einigung kommt, bevor die Rechtslage unwiderruflich gefestigt ist, werden noch von allen Seiten als sehr gering angesehen. Der Widerstreit zwischen den arbeitsgerichtlichen Urteilen erster und zweiter Instanz hat naturgemäß die Situation verwirrt gemacht, als sie vorher schon war. Beide Parteien hoffen nunmehr, dass die allerletzte Instanz, das Reichsarbeitsgericht, ihrer Rechtsauffassung Rechnung tragen werde, was praktisch einem Siege aus dem wirtschaftlichen Kampfe gleichkäme. Und bei beiden Parteien ist diese Hoffnung so stark, dass man sich nicht auf Kompromissvereinbarungen einlassen will, ehe der Sieg gesprochen hat.

Der große Wirtschaftskampf weist auch jetzt wieder seine Schattenseiten über das Berliner Reichstagsgebäude. Wenn man vor acht Tagen sich noch mit einem Ausweg, nämlich mit der Reichsunterstützung für die durch Hungergeplagte in Anspruch genommene Gemeinden aus schweren Meinungsverschiedenheiten hat herausheilen können, so liegen die Dinge jetzt anders. Die Ausschussbeschlüsse, die der preussische Wohlfahrtsminister Hirtzler jenen Reichstagsbeschluss gegeben hat, liegen wenigstens nach vorkommener Auffassung nicht mehr im Rahmen dessen, was mit der Reichsunterstützung bezweckt war, und haben sehr schwere Bedenken ausgelöst. Die vorkommene Reichstagsfraktion hat die Absicht, die Frage dieser Unterstüzungsgelder noch einmal vor dem Reichstag aufzurollen, und das es ihr sehr ernst damit ist, das zeigt der offizielle Schritt, den der Reichswirtschaftsminister Curtius in dieser Frage schon beim Reichstagsminister Müller und beim preussischen Wohlfahrtsminister unternommen hat. Es liegen hierzu, wie man gut nicht verkennen darf, starke Konfliktsmöglichkeiten zwischen den Parteien, die hinter der Reichsregierung stehen, aber auch starke Konfliktsmöglichkeiten innerhalb des Kabinetts selbst, die durchaus zu einer Krise führen können. Diese Gefahr verstärkt sich durch die Spannung, die

aus dem Widerstreit der wirtschaftspolitischen Grundanschauungen an sich schon zwischen den Parteien besteht. Im Augenblick sieht es so aus, als ob diesmal nicht die Sozialdemokraten, sondern die dem Zentrum nahestehenden christlichen Gewerkschaften das schwerste Gesicht gegen den Bestand der jetzigen Regierung und Reichstagsmehrheit geladen hätten. Die christlichen Gewerkschaften haben, bezirksweise unmittelbar im Anschluss an einen Besuch der Zentrumsabgeordneten Seigerwald und Joss im Westen, in einer Entschließung ein Verbot gefordert, das die Wiederinangabe der Betriebe im Ausperrungsgebiet erzwinge. So etwas wäre ein Ausnahmefall, ein einseitiges Einreisen des Reiches in einen Kampf, dessen Rechtsgrundlagen noch nicht geklärt sind, und würde auf den allerhöchsten Widerstand nicht nur der Deutschen Volkspartei, sondern auch anderer bürgerlicher Gruppen auf jeden Fall stoßen müssen. Die sozialdemokratische Presse hat diesen christlich-gewerkschaftlichen Vorstoß mit großer Eifer aufgegriffen. In dem Augenblick, wo ein solcher Antrag im Reichstag vorliegt, kann schon nicht mehr von Risikofahrt gesprochen werden. Dann ist die Krise da, — die Reichstags- und Regierungskrise aus wirtschafts- und sozialpolitischen Gründen.

Eine Hebererziehung

Berlin, 28. November

Der Reichsfinanzminister machte heute mit einem Reichsausschuss von 650 Millionen rechnen und diese Summe tragen, das im neuen Etat für diesen Betrag neue Steuern verhandelt zu sein. Jetzt wird er durch die Steuererhöhung im Ende Oktober einen Mehrertrag von 300 Millionen erreicht hat. Der Reichsausschuss, der in seinem Ausgange war, ist als Hebererziehung durch Ministerpräsidenten hat Minister Steuern und Zölle, besonders aber der Einkommen- und Körperschaftsteuer überhöhen. Ein Minister der Reichsfinanzverwaltung hat der Reichsfinanzminister aber keine Ursache, im Reichsausschuss für das neue Etatjahr über das Wachstum des laufenden Jahres hinauszuweisen. Er hofft nunmehr, durch das Steuererhöhungsprogramm einen weiteren Teil des Reichsausschusses auszuscheiden, sodass die notwendigen Steuererhöhungen sich in erträglichen Grenzen halten können.

Keine gemeinsame Antwort der Alliierten an Deutschland?

Paris, 28. 11. (Zuspruch.) Die alliierten Regierungen werden in den nächsten Tagen auf die deutsche Note vom 30. Oktober antworten. Man hatte zunächst auf eine gemeinsame Antwort gerechnet, doch scheint man, wie der „Petit Parisien“ wissen will, darauf verzichtet zu haben. Es sei aber mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, dass die fünf Nationen, die gleichzeitig überreicht werden sollen, in der Hauptsache ziemlich übereinstimmen. Nach dem gewöhnlich gut unterrichteten Blatt nehmen die fünf Regierungen den deutschen Vorschlag auf Bildung des Sachverständigenausschusses an. Deutschland, das auf vollkommene Unabhängigkeit der Sachverständigen bestanden habe, werde volle Befreiung erhalten. Die Sachverständigen würden von der Reparationskommission beauftragt werden und von ihr ihre Vollmachten erhalten. Während die englische Antwort bereits fertig vorliegt, werde die französische Note erst in einigen Tagen fertiggestellt sein. Zu den aus Berlin vorliegenden Nachrichten, dass die deutsche Regierung sich gegen die Einschaltung der Repro wenden werde, da sie im Widerspruch zu den Genfer Entschlüsse liege, sagt der „Petit Parisien“, dass es sehr leicht möglich sei, dass die Verhandlungsführer in Genf nicht den Text des Artikels 234 des Versailler Vertrages vor Augen gehabt hätten. Dieser Artikel passe sich aber dem vorliegenden Fall durchaus an und dürfe deshalb nicht übergangen werden. Für Deutschland sei das auch die einzige Möglichkeit, eine Nachprüfung seiner Zahlungsfähigkeit zu verlangen. Außerdem würden die deutschen und die alliierten Sachverständigen auf dem Boden voller Gleichberechtigung verhandeln. Der „Excelsior“ schreibt: Die Lebhaftigkeit, mit der die deutschen Journalisten auf die Einschaltung der Repro reagiert hätten, sei bemerkenswert. Die Einschaltung der sechs Mächte in Genf habe keinen Bedeutung für die Friedensverträge von Versailles unbedeutend.

London, 28. 11. Die britischen Botschafter in Paris und Rom haben am Dienstag die französische und italienische Regierung über die Hauptzüge des englischen Antwortentwurfes auf das deutsche Memorandum vom 30. Oktober unterrichtet. Der britische Botschafter in Brüssel wird

heute einen gleichen Schritt antworten, da infolge des gestrigen Abstimmens des Königs Albert eine Verzögerung notwendig war.

Amerikas Beitritt zum internationalen Schiedsgerichtshof

New York, 28. 11. (Zuspruch.) Wie aus Washington gemeldet wird, glaubt man in dortigen politischen Kreisen, dass Präsident Coolidge in der Frage des internationalen Schiedsgerichtshofes keine weiteren Schritte unternommen wird. Er hat lediglich die Absicht auf die Zweckmäßigkeit des Beitritts Amerikas nochmals ausdrücklich hinzuweisen. Verhandlungen in dieser Frage sind jedoch nicht aufgenommen worden.

Der Prinz von Wales kehrt nach England zurück

London, 28. 11. In London ist am Spätabend des Dienstags vom Prinzen von Wales folgendes Telegramm eingegangen: „Im Hinblick auf die Krankheit Seiner Majestät des Königs werden mein Bruder und ich sobald als möglich nach England zurückkehren.“ Diese Entscheidung ist, wie weiter bekannt wird, nicht das Ergebnis einer Mitteilung von London aus, durch die der Prinz zurückgerufen wird, sondern auf die persönliche Entscheidung des Prinzen zurückzuführen.

Sächsischer Landtag

In der Sitzung des Sächsischen Landtags vom 27. November sind zunächst Vizepräsident Dr. Eduard Schmidt, der kommunistische Fraktion an Stelle des Abg. Böttcher den Abg. Renner zum Fraktionsvorsitzenden ernannt hat. In erster Beratung wird dann der Entwurf eines Ermächtigungsgesetzes zum Gesetz über die Zwangsversteigerung wegen Geldstrafen in Verwaltungsakten verhandelt und dem Rechtsausschuss überwiesen. In dem Gesetzentwurf handelt es sich lediglich um Angleichungen an das im Reich geltende Zwangsversteigerungsgesetz.

Weiter wird überwiesen an den Rechtsausschuss ein Gesetzentwurf zur Veränderung des Gesetzes über die Verwaltungsgerichtsverfassung. Hier wird vor allen Dingen das Wort „Arbeitsrat“ durch „Förderverein“ ersetzt. Es sollen künftig Berufungen gegen Urteile der Kreisbauernvereine und Oberverwaltungsgerichte einbleiben werden. Als einziger Redner spricht dazu Abg. Renner (Köln), der im allgemeinen die Zustimmung seiner Fraktion zu dem Gesetzentwurf erklärt.

Die anderen Punkte der Tagesordnung, die sämtlich Vorträge bürgerlicher Parteien wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit durch kommunistische Gewalttaten zum Gegenstand haben, werden von der Tagesordnung abgelehnt.

Damit schließt die Sitzung nach einblühendiger Dauer um 12 30 Uhr. — Nächste Sitzung: Donnerstag, den 29. November.

Reichsminister a. D. Dr. Kütz als Angeklagter

Dresden, 28. 11. Dem Teufel-Geheimdienst wird aus Berlin berichtet: Vor der Verurteilung des Landgerichtes 3 in Privatbelästigungssachen stand am Montag eine Verhandlung gegen den Reichsminister a. D. Dr. Kütz wegen Verletzung der Gräfinin von Gersdorff an. Es handelt sich um einen vermittelten Fall, bei dem zwischen den Parteien gegenwärtige Strafverfahren und Zivilprozess schweben. Der Streit ist anlässlich der von der Stadt Dresden kürzlich angenommenen Auslandsanleihe von 5 Millionen Dollar entstanden. Die Gräfin behauptet, dass sie von Dr. Kütz als dem damaligen ersten Bürgermeister der Stadt Dresden, eine Vermittlungsprovision von 1 1/2 Prozent zugesagt erhalten habe. In einem Schreiben des Magistrats Dresden, unterzeichnet von Dr. Kütz, an den Anwalt der Gräfinin war behauptet worden, dass in dieser Angelegenheit der Gräfinin eine Provision von 1 1/2 Prozent zugezählt werden solle. Auf die Privatangelegenheit der Gräfinin hatte das Amtsgericht Chemnitz keine Befugnisse, daher in dieser Verhandlung der Vorwurf des Betruges liegt, und hatte Dr. Kütz zu 200 Mark Geldstrafe wegen Verletzung verurteilt. In der heutigen Verhandlung war Reichsminister a. D. Dr. Kütz ohne Vertretung, die Gräfinin v. Gersdorff als Nebenklägerin unter dem Rechtsbeistand von Rechtsanwalt Walter Bahn erschienen. Vor Eintritt in die Verhandlung machte der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Ehme die Parteien darauf aufmerksam, dass in dieser Sache noch der Zivilprozess beim Reichsgericht schwebt

Aufbruch in Russland

Mord und Brand in weiten Teilen des Reiches

Der Bauer steht auf

Warschau, 27. 11. Wie der „Kurjer Poranny“ sich über Wilna melden lässt, soll es in der Umgebung von Minsk in Sowjet-Russland zu einem Bauernaufstand gekommen sein. In der Spitze der antikommunistischen Bewegung, die schon lange im geheimen gewirkt hat, die Sowjetbehörden terrorisiert habe, steht ein gewisser Wurohalki. Der bewaffnete Aufstand richtete sich direkt gegen die bürgerlichen Sowjets und ihre Beamten. Überall seien die Gebäude der Sowjets zerstört worden. Im Dorfe Garbow habe man alle Kommunisten ermordet. In anderen Dörfern hätten antikommunistische Bauern die Sowjetbeamten misshandelt und zum Teil erschossen.

Die Regierung habe darauf GPU-Truppen geschickt und etwa 60 Personen, darunter auch den Führer, verhaftet, wobei es zu blutigen Kämpfen gekommen sei. Auf Seiten der Bauern seien viele Tote und Verwundete zu verzeichnen.

Wie die dem Reichsministerium nachgelieferten polnische Telegramm-Agentur „Express“ weiter über Wilna meldet, soll die antikommunistische Bauernbewegung auch in der Sowjet-Ukraine weitere Fortschritte machen. In einer Ortschaft des Charkower Gebietes sollen im Laufe der Nacht sieben in kommunistischen Händen befindliche Gebäude eingedöhrt worden sein. Ebenso sollen bei Kamienka-Podolski mehrere Sowjetgebäude in Brand gesetzt worden sein. In einem Dorfe Pololens hatten die Bauern ein Gebäude überfallen, in dem die örtliche kommunistische Organisation tagte. Bei dieser Gelegenheit sei ein kommunistischer Beamter erschossen worden, während drei weitere schwer verletzt wurden. Im Dorfe Walli bei Kiew sei der Vorsteher des örtlichen Sowjets durch einen Schuss getötet worden. Auch in einem Dorfe der Tschernigower Gegend hätten die antikommunistischen Bauern den Vorsteher des kommunistischen Gemeinderates getötet. In diesem Zusammenhang seien drei Bauern von der GPU verhaftet und erschossen worden.

Der Bolschewismus Ursache des Niederrückes

Vernichtete Arbeit eines Bolschewistenführers

Moskau, 27. 11. Die gesamte Presse bringt in großer Aufmerksamkeit die sensationelle Veröffentlichung des sowjetrussischen Kommunistenführers Frumkin über die Ursachen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs Russlands.

Nach der „Sowetskaja“ hat Frumkin in zwei Vorträgen an die oberste Leitung der kommunistischen Partei rückhaltlos den Bolschewismus als die Ursache des Niederrückes Russlands bezeichnet. Frumkin erklärt, das russische Dorf, mit Ausnahme des ärmsten Teils, sei gegen den Bolschewismus eingestellt. Sie von aussehend verlangt Frumkin, dass die kommunistische Partei den Bauern Unabhängigkeit machen solle. Ohne den freien Willen und die volle Freiheit werde sich die russische Landwirtschaft nicht entwickeln können, so dass es an der Zeit sei, von dem sozialistischen Lösungen zu den freien bürgerlichen Lösungen überzugehen. Die kommunistische Partei solle aufhören, die kapitalistische Entwicklung des russischen Dorfes zu hemmen. Das Großgrundbesitz solle völlige Freiheit im Wirtschaftlichen gewährt werden. Der kommunistischen Lösung der wirtschaftlichen Industrialisierung Russlands tritt Frumkin in scharfer Weise entgegen. Er erklärt, dass dadurch nur eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage Russlands erreicht werden könne.

Die vernichtende Kritik Frumkins am kommunistischen System ist um so bedeutsamer, als Frumkin als Autorität auf dem Gebiete der russischen Landwirtschaft gilt und bisher in der vorderen Reihe der bolschewistischen Führer genannt hat.